

für beim Putsch, wenn das Gesetz noch vernünftigen kostete. Kapp selbst ist bekanntlich bald nach dem schlagenden Staatsstreich nach Schweden geflohen und auch Lüttwitz, der als der militärische Leiter der ganzen Aktion anzusehen ist, war bisher nicht aufzufinden. Für eine große Zahl anderer Teilnehmer ist inzwischen das Verfahren niedergeschlagen oder durch Amnestie erledigt und nur einige wenige Hauptbeteiligten kann jetzt das Urteil gesprochen werden, nachdem auch die Nachforschungen nach diesen durch zahlreiche Zwischenfälle immer wieder in die Länge gezogen wurden. Nunmehr entschließen nur drei Kapp-Anklage, die in führenden Stellungen an dem Kapp-Ableute teilnehmen, vor den Schranken des Reichsgerichts: der frühere Polizeipräsident von Berlin von Jagow, der in der „Kapp-Regierung“ Minister des Innern werden sollte, der als Polizist früher vielfach hervorgetretene Landwirt von Wangenheim und der praktische Arzt und politisch Schriftsteller Dr. Schiele, der erst kürzlich bei einem Verlust, der deutsche Grenze zu überschreiten, festgenommen werden konnte.

Die Anklageschrift

geht davon aus, daß bereits im Sommer 1919 Bestrebungen im Gange waren, eine Diktatur in Deutschland zu errichten und die Republik zu beseitigen. Nach der Verkündung der Verfassung im August 1919 war es eine Gruppe von Personen, die sich „Nationale Vereinigung“ nannen und die planmäßig die Vorbereitungen für die Errichtung einer Diktatur forschte. Dabei ging man von dem Gedanken aus, daß in Deutschland ein sozialistischer Putsch bevorstehe, daß diesem durch einen Gegenstoß von rechts begegnet werden müsse und daß auf diese Art eine rechtsgerechte Regierung ans Amt kommen und allmählich die früheren Zustände wiederherstellen solle. Die Einzelheiten des Plans sind man bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung des Dr. Schiele.

Das Aktionsprogramm

sab vor: Einmarsch in Berlin, Besetzung der Ministerien, Festnahme der Minister und jener höheren Beamten, die erst nach der Revolution ernannt wurden, Ausmerzung der nachrevolutionären Ober-, Regierungs-, Polizeipräsidienten, Landräte usw. Den Präsidenten Ebert wollte man eventuell auf seinem Posten lassen, wenn er sich gelöst hätte. Die Anklage sieht Jagow des Hochverrates schuldig durch seine Teilnahme am Putsch, die sich in seinen Amtshandlungen befundet: er leiste den Staatssekretär Freund, den Ministerialdirektor Meister ab, ernannte Dove zum Staatssekretär, entließ telegraphisch Ober-, und Regierungspräsidenten usw. Herr von Wangenheim ist in erheblich weniger belastet. Er ließ sich zwar zum Landwirtschaftsminister ernennen, hat aber keinerlei Amtstätigkeiten ausgeübt und sein Ministerium gar nicht betreten.

Allerdings soll auch Ludendorff in Beziehungen zu der erwähnten „nationalen Vereinigung“ gestanden haben, doch ist ihm eine Beteiligung am Putsch selbst nicht nachzuweisen. Er ist nur beim Eingang der Truppen als Bühnner am Brandenburger Tor gewesen und hat den Beratungen der Kapp-Regierung als Beobachter beigewohnt. Er steht bekanntlich auch nicht unter Anklage.

Die Vernehmung Jagows.

Die Verhandlungen begannen früh 9 Uhr vor dem verhängten 2. und 3. Strafensatz des Reichsgerichts unter Vorsitz des Senatspräsidenten Geheimrat Petrus. Der Antrag der Richter war nur mäßig, weil die Ausgabe von Karten der strengsten Prüfung unterlag. Besondere Abstimmungen waren am Reichsgerichtsgebäude jedoch nicht vorgenommen worden, auch waren keine Massenammlungen wie mitunter bei anderen Sensationsprozessen zu beobachten. Die Angeklagten befinden sich auf freiem Fuß und begeben sich von ihrem Hotel aus zu den Verhandlungen. Sie erschienen mit ihren Verteidigern, den Rechtsanwälten Frey Grünbach, Justizrat Götz, Rechtsanwalt Böttger aus Berlin und den Rechtsanwälten Justizrat Geutebrück-Leipzig und Dr. Martin-Hesse im Saale und nahmen auf der Anklagebank Platz. Nach der Verlesung des Eröffnungsschreibes, in welchem den Angeklagten vorgeworfen wird, daß sie verflucht haben, die Verfassung des Deutschen Reiches im März v. d. R. gemeinsam zu stützen und sich nach § 81 und § 82 und § 47 des St. G. B. schuldig gemacht zu haben, tritt Herr v. Jagow an den Gerichtstisch und antwortet auf die Anklage in Zusammenhang mit der Karte.

Er bestreitet, schuldig zu sein, und weiß darauf hin, daß in der 140 Seiten langen Anklageschrift sein Name sehr selten vorkomme. Er habe vor allem nichts begangen, was zu einer gewaltsamen Anderung der Verfassung dienen sollte und sei nur Auslöser der Putschrede Kapp gewesen.

Um einzelnen läuft Jagow dann aus: Ich habe vor dem 3. März eine Unterredung mit Kapp gehabt, der damals noch der Ansicht war, daß die damalige Regierung aus unsicheren Füßen stehe, weil die Reichswehr nicht zufrieden war, und weil von links gegen sie gearbeitet wurde. Kapp glaubte, daß das Abtreten der damaligen Regierung und die Einsetzung einer neuen durchaus

auf geschmäßigem Wege

erfolgen werde. Er fragte mich damals, ob ich bei einem eventuellen Regierungswchsel den Posten eines Ministers des Innern besetzen wollte. Ich erklärte mich dazu bereit. Kapp beauftragte mich für die damals vorhandenen Regierungsmänner Erly zu suchen. Am 13. März zogen die Truppen ohne Widerstand in Berlin ein. Ich fuhr mit Kapp zusammen ins Auto in die Reichskanzlei. Kapp erzählte mir, daß die Reichsregierung geflossen sei und daß er vorläufig die Diktatur übernehmen werde. Die gesamte Regierungsmacht liege bei ihm und Lüttwitz. Ich habe dann unter der Kapp-Regierung einige unwesentliche Amtshandlungen, und zwar in Personalangelegenheiten vorgenommen. Die Leitung der Sipo lag nicht in meiner Hand.

Die Frage des Vorwurfs nach den Beziehungen des Angeklagten zur „Nationalen Vereinigung“ beantwortet Jagow damit, daß er den Eintritt in diese abgelehnt habe, ebenso den ihm angebotenen Posten. Die Vereinigung habe seines Wissens lediglich in Notwehr für einen Eventualfall Vorbereitungen getroffen. Er glaube nicht, daß Kapp mit der „Nationalen Vereinigung“ etwas zu tun hatte. Den Hauptmann Pabst habe er allerdings für einen leitenden Mann der Vereinigung gehalten. Herrn Dr. Schiele habe er erst am 13. März kennen gelernt.

Die Ereignisse des 13. März.

Über den frustrierten Tag selbst erzählt Jagow, er habe auf einen telefonischen Anruflin vergeblich verzweigt, Gattenhausen telefonisch zu erreichen, um ihn früh 6 Uhr an das Brandenburger Tor zu bestellen. Ich sah, so berichtet er, Kapp das letztemal am Tage vor dem 13., als die Nachricht kam, daß Kapp verhaftet werden sollte. Als ich das hörte, blieb ich bei Kapp, um Beweise der Verhaftung zu sein und um seinen Angehörigen Nachricht geben zu können. Ich nahm an, daß die Reichswehr unmittelbar beworfen. — Vorl.: Hatten Sie bei diesem Besuch bei Kapp auch davon gehört, daß ein Haftbefehl gegen Lüttwitz schwiegt? — v. Jagow: Lüttwitz er-

mit Ebert und Rosse verhandelt,

aber nichts erreicht hätte. Ich hatte gelesen, daß aus Töchter Truppen in Amman seien, aber ich hielt eine ungünstige Bewegung für ausgeschlossen. Ich ging zum Brandenburger Tor, um zu hören, was los sei. Ich habe dort den Eindruck, daß man etwas Heimliches erwartet. Ich hörte Gefang, sah dann schwarz-weiß-roten Fahnen. — Vorl.: Kannen Sie Lüttwitz schon selber? — v. Jagow: Ich habe ihn einmal oberflächlich kennen gelernt. — Vorl.: Kannen Sie Kapitäneleutnant Chrobardt? — v. Jagow: Ich lernte ihn am 13. März erst kennen, und ich fuhr mit ihm, Lüttwitz und Kapp in die Reichskanzlei. — Vorl.: War Kapp sehr ausgesetzt? — v. Jagow: Nein. Er sprach sehr ruhig und teilte uns mit, daß die Reichsregierung geslossen sei. Überhaupt war Berlin sehr ruhig. Ich hatte absolut den Eindruck, daß die Brigade Chrobardt die Lage beherrschte. Einen erfolgreichen Widerstand sieht ich für ausgeschlossen. — Vorl.: Was spielt sich in der Reichskanzlei ab?

— v. Jagow: An der Tür des Saales wohnte ich einem er-

reigen Gespräch zwischen Gräfin und Kapp bei. Dort fand auch wahrscheinlich von mir das Wort „Das Recht vom 9. November“. — Vorl.: Sie gingen dann in das preußische Ministerium des Innern? — v. Jagow: Ja. Ich teilte dem Minister mit, daß er sich von nun an als Beamter aufzubauen habe. — Vorl.: Haben Sie neue Beamte aus eigener Machtvollkommenheit ernannt? — v. Jagow: Nein, ich habe nur Persönlichkeiten vorgeschlagen. Ich habe dann an der Versammlung des Gesamtministeriums am 14. März mittags teilgenommen. Dort hielt Kapp eine Ansprache. Ich betrachtete Kapp durchaus als meinen Vorgesetzten. Die Truppen waren einmarschiert und Kapp war der Herrscher geworden.

Es sonnte darin für mich nichts illegales liegen. Für mich besteht das Ziel, mitzuhelfen, daß die Ordnung im Staat gesichert und wiederhergestellt wird. Kapp's Ziele sind stets die gleichen gewesen. Er wollte keine Gewaltaktion vornehmen. Er wies auf den drohenden Eisenbahner-Generalstreik hin, und gab dabei der Meinung Ausdruck, daß nur dieser ihn verhindern könne. Gelände dies, so könnten eventuell frühere Minister beibehalten werden. — Vorl.: Fürchten Sie Arbeiterschwäche? — v. Jagow: Daß Kapp arbeitsfreudliche Absichten arbeitsfeindlich aufgezeigt würden, war mir klar.

Der Zusammenbruch.

Über die Tage vom 14. bis 17. März, in denen sich der Umsturz vollzog, der zum Zusammenbruch des Putschs führte, berichtet v. Jagow folgendes: Am 14. habe ich meinem Beamtenpersonal Anweisungen gegeben. In der Kabinettssitzung vom 15. botte ich noch auf einen vollen Erfolg. Ich habe nicht alle Vorgänge im einzelnen gewußt, z. B. hat Kapp mir nur angedeutet, daß er nach Dresden gehen wollte. Ich war auch nicht mit allen einverstanden, und meine Zusage an Kapp war seine unbedingte gewesen. Am Dienstag, 17. März, abends berichtete Pabst über die unruhige Haltung der Sicherheitspolizei. Man plante Kapp Rücktritt und Einsetzung einer völlig militärischen Diktatur ohne ziviles Einschlag. Daraus war Jagow gegen den Rücktritt, auch weil er ungünstige Wirkungen hinsichtlich der Volksbewegung davon befürchtete.

Der Rücktritt.

Jagow fügt fort: Am 13. März war eine herrliche Truppe marschiert und ein nervenstarter Mann wie Kapp hatte mir die Schlüsse geschafft; am 17. März war alles ganz anders: Oberst Bauer zitternd und bebend, so daß er sein Wort mehr hervorbrachte; auch Kapp in einem Zustand, daß er mit gar nicht mehr imponierte, Pabst völlig zusammengebrochen. Ich sah, daß es unter Lüttwitz in schroffmilitärischer Form weitergehen würde.

Vorl.: Wer war denn beim ganzen Unternehmen die treibende Kraft? — Jagow: Lüttwitz, nicht Kapp. Als ich am Abend des 17. März wieder auf die Reichskanzlei kam, war niemand mehr da. Darauf ging ich auch weg. Ich fuhr am 18. März morgens mit dem Auto nach Potsdam und habe dort bis 20. März gewartet. Dann wurde meine Wohnung von Kriminalbeamten besetzt. Darauf entfernte ich mich. Einer Untersuchungshaft wollte ich mich nicht aussetzen. Ich schrieb aber an den Ersten Senat, ich wäre bereit, mich binnen 24 Stunden zu stellen, wenn ich von der Haft verschont bliebe.

Weiterhin sagt Jagow aus, anfangs wollte man nur, daß die rechten Männer an die rechten Stellen kommen sollen. Ein Programm ist niemals vereinbart worden. Kapp's Unternehmen ging

nicht gegen die Verfassung,

die Verfassung sollte vielmehr durchgeführt werden. Das Mittel war die Diktatur, das Ziel der Schutz der Verfassung. Kapp's Forderungen waren: Neuwohl innerhalb zweier Jahren, Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk in zwei Monaten, Bildung des Kabinetts und die Amnestie.

Kriminalanwalt Grünbach: Bevorstand überhaupt jemals innerhalb der Kapp-Regierung die Absicht, die Nationalversammlung aufzulösen? — v. Jagow: Meines Wissens, nein.

Explosionskatastrophe im Saargebiet

Das Nobelwerk bei Saarlouis zerstört. — Zahlreiche Tote.

Saarbrücken, 7. Dezember.

Eine furchtbare Explosion hat sich gestern in der Dynamitsfabrik Aktien-Gesellschaft vormals Alfred Nobel u. Co. in Saarwellingen bei Saarlouis ereignet. Ein Ölbehälter geriet in Brand und brachte die gesamten in seiner Nähe lagernden Sprengstoffe zur Explosion. Der Brand dehnte sich bald auf die weitere Umgebung aus und rief neue Explosionswellen hervor. In dem Betriebe befanden sich etwa 120 Personen. Zu ihrer Rettung rourte zunächst nichts geschehen, weil wegen der Gefahr weiterer Explosionswellen die Rettungsmannschaften nicht an die Unglücksstelle herankommen konnten. Auch ein Teil des benachbarten Waldes geriet in Flammen. Die Fabrik wurde zum größten Teil zerstört. Die Häuser der näheren Umgebung sind abgedeckt, vereinzelt sind ganze Gebäude eingestürzt. Bis Saarlouis und Völklingen wurden zahlreiche Fensterscheiben zerstört. Der Schaden, der durch die Explosion verursacht wurde, ist sehr groß.

Die erste Meldung sprach von über hundert Toten. Es scheint jedoch glücklicherweise übertrieben zu sein. Es wurden bis heute 13 Leichen geborgen, die wegen der extremen Verzerrungen bis zur Unkenntlichkeit entstellt sind. Man muß immerhin damit rechnen, daß bei der Katastrophe etwa 60 Personen ums Leben gekommen sind. Die Zahl der Verwundeten läßt sich noch nicht feststellen.

Auf die Nachricht von dem furchtbaren Unglücksfall haben sich mehrere Mitglieder der Regierungskommission an die Unglücksstelle. Der Präsident der Kommission überreichte dem Bürgermeister als erste Unterstützung zur Rettung der durch die Explosion entstandenen Not einen Beitrag von 40 000 Mark. Es wurde dann eine Sammelstiftung in Umlauf gesetzt.

Der Mord von Kleppelsdorf.

Beginn der Beweisaufnahme.

(Dritter Tag.) — Hirschberg, 7. Dezember.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit wurde gestern noch die Frage der Vermögensverhältnisse des Angeklagten besprochen. Gruppen hatte stets behauptet, daß er vermögend gewesen sei; es wurde ihm aber jetzt nachgewiesen, daß er Vermögen seiner Frau und seiner Schwiegermutter verpfändet hat. Er blieb trotzdem dabei, daß er eigentlich Geldsorgen nicht geahnt und die in Frage kommenden Gegenstände nur in augenblicklicher Geldverlegenheit versteckt habe. Damit war die Bezeichnung des Angeklagten beendet, und es begann

die Bezeugungsreihen.

Als erste Zeugin wurde die 42jährige Erzieherin der Tochter Rohrbach, Gräfin Berta Bahn, aufgerufen. Sie kam schon im Jahre 1906, als Dorothea Rohrbach 1½ Jahre alt war, als Haushilfe und Erzieherin nach Kleppelsdorf und leitete den Haushalt, da Frau Rohrbach nach der Geburt ihres Kindes gefordert wurde. Rohrbach soll nach dem Tode seiner Frau die Absicht gehabt haben, die Erzieherin zu heiraten, während seine Schwiegemutter, Frau Eder, wünschte, daß er ihre zweite Tochter, die später die Frau des Angeklagten Gruppen geworden ist, als Gattin hielte. Beide Heiratspläne zerstörten sich jedoch, und Rohrbach blieb bis zu seinem 1914 erfolgten Tode Witwer. In seinem Testament bestimmte er jedoch, daß Gräfin Bahn die Ausbildung und Erziehung seiner Tochter wie bisher weiterführen solle. Anlaß zu dieser testamentarischen Bestimmung und offenbar das nicht allzu freund-

liche Verhältnis, das zwischen Gräfin Bahn und Frau Eder, der Schwiegertochter der Dorothea Rohrbach, bestand.

Merkwürdige Angaben macht die Zeugin über das Leben auf Schloß Kleppelsdorf. Die Schloßherrin und Millionärin wurde von ihrem Vormund, einem Herrn Viehach, so knapp gehalten, daß ihr für den Lebensunterhalt in der teuren Kriegszeit oft nicht mehr als 120 Mark im Monat übrig blieben. Für Erziehung, Personal und Kleidung benötigte er monatlich nur 1000 Mark. Er weigerte sich sogar, seinem Dienst das Geld für ein Konstitutionskleid zur Verfügung zu stellen, und er riet Dorothea, sich ein Kleid aus alten Gesellschaftsanträgen ihres Vaters herstellen zu lassen. Die ehemaligen Dienstleute führt schließlich zu der Verbindung mit der Verwandtschaft in Ostenbüttel, d. h. mit Gruppen und seiner Familie. Sie befürchtete sich gegenseitig, und Gruppen war anfangs höchst feindselig gegen Dorothea. Ihr Bahn gab eine eingehende Schilderung dieser Besuche, die von Gruppen Angaben sich nicht wesentlich unterschieden. Die Zeugin hat und sieht vieles allerding ganz anders, als es der Angeklagte dargestellt hatte.

Wandtes von dem, was er als „Scherz“ betrachtet wissen will, hat sie ernst genommen, so den Heiratsantrag, den er ihr gemacht haben soll, die Habhaftnahme auf der Alster u. a. Sie behauptet auch, daß Gruppen seiner Nichte Dorothea nicht sehr kompatibel gewesen sei, während er aus breitstelligen Ausführungen der reichen Erbin das Gegenteil beweisen will. Bei der Erwähnung von Briefen wurde die überraschende Feststellung gemacht, daß die Abschiedsbriebe, die die verschwundene Frau Gruppen vor ihrer angeblichen Amerikareise geschrieben haben soll, niemals auf ihre Erbin nachgeprüft worden sind.

Die Bezeugungsreihen wurden dann unterbrochen, da das ganze Schwurgericht und die Hauptzeugen sich in Automobilen nach Laub und Kleppelsdorf begaben. Es wurde zunächst das Schloß besichtigt, worauf ein Noblerster stattfand.

Zusammenbruch der Pfälzischen Bank

Ein Opfer der Devisenspekulation.

Bei der Münchener Niederlassung der Pfälzischen Bank (Ludwigshafen) haben sich durch verschlechte Devisenspekulationen des Devisenhändlers Römer, der gegen die bestimmten, von der Zentrale der Bank gegebenen Weisungen gehandelt und seine Baisseengagemente der Leitung der Bank verheimlicht haben soll, sehr bedeutsame Verluste im Termindividengeschäft ergeben. Da das Aktienkapital und die Reserven der Bank verloren sind, ist es fraglich, ob die Pfälzische Bank als selbstständiges Institut weiterbestehen können. Die Pfälzische Bank selbst gibt in einer Erklärung den entstandenen Verlust

mit 340 Millionen Mark

an. Durch die Mithilfe der Rheinischen Creditbank und der Deutschen Bank soll dafür Sorge getragen werden, daß die Kunden der Pfälzischen Bank bei der Neuordnung keine Verluste erleiden. Angeblich sollen die Filialen der Pfälzischen Bank in der Pfalz von der Rheinischen Creditbank übernommen werden, während die Geschäfte in Frankfurt a. M. und im rechtsrheinischen Gebiet auf die Filialen der Deutschen Bank übergehen sollen.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Schiedsspruch für das Bergarbeiterstreit.) Der Schlichtungsausschuß hat jetzt einen Schiedsspruch gefällt, nach welchem die am 10. Oktober d. J. vereinbarten Teuerungszulagen, nach Betriebsablauf gestaffelt, auf monatlich 950, 1000, 1100, 1150, 1200 Mark erhöht werden. Weibliche Angestellte erhalten 75 Mark weniger, Angestellte unter 20 Jahren die Hälfte. Betriebsärzte erhalten zu den Sätzen einen Zuschlag von monatlich 200 Mark. Die Kinderzulagen sollen in den drei Abstufungen jährlich 2000, 2000 und 2200 Mark betragen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer-Berater stimmen den Schiedsspruch, der auch noch einige andere Materien, wie Überstunden usw., regelt, unter Vorbehalt zu.

Prag. (Vereinigung der Bergarbeiterstreit.) Bei einer Beratung der drei sozialisierten Bergarbeitergewerkschaften wurde ein Antrag gestellt, nach welchem bei einer erhöhten Leistung von sechs Meterzettner pro Schicht der Lohn 55 Kronen gegen 50 Kronen früher im Durchschnitt betragen soll. Dieser Antrag ist von den Bergarbeiterbesitzern angenommen worden. Die Arbeit ist wieder aufgenommen.

Schlußdienst.

Trotznotizen vom 8. Dezember.

Ein Buch Kaiser Wilhelms II.

Berlin. Soeben erscheint in Leipzig ein Buch des Kaisers „Geschichtstabellen von 1878 bis zum Kriegsbeginn 1914“, das von ihm persönlich im Jahre 1919 zusammengefaßt und nach demselben eingegangenen Quellenmaterial vervollständigt worden ist.

Geworkende Optionsverordnung für Oberschlesiens.

D. A. Oppeln. Auf eine dringende Anfrage des Landesverbandes Schlesiens des Deutschen Ostbundes ist vom Außenwirtschaftsamt in Berlin mitgeteilt worden, daß in den nächsten Tagen eine Optionsverordnung der Reichsregierung betreffend Oberschlesien ergebe.

Beratung über Gemäldeverschiebung.